IMT Nuremberg Archives

H – 2384

International Court of Justice

H2384 - 0002

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 1301-PS No. USA - 123 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 24 June 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H2384 - 0003

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 19 July 1948

I certify that Document Number 1301-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-123 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

FRED NIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (102447)

H2384 – 0004

Entwurf

Chef des Wehrwirtschaftstabes

A d j u t a n t

Den 1.März 1939

An die

Adjutantur des Herrn Generalfeldmarschall G ö r i n g.

Im Auftrage von Herrn Generalmajor T h o m a s bitte ich um Angabe eines Vortragstermins für Herrn General vor der Abreise des Herrn Generalfeldmarschall in folgenden dringenden Angelegenheiten:

1.) Von den Wehrmachtteilen - insbesondere von der Marine - liegen Mehranforderungen an Nichteisenmetallen und Stahl vor. Herr General Thomas bittet um Anweisung, wie er sich während der Abwesenheit des Herrn Generalfeldmarschalls in dieser Frage verhalten soll.

2.) Von Herrn Generalfeldmarschall sind Entscheidungen in 2 Auslandsangelegenheiten zu treffen.

Hauptmann.

A-086516

1301-PS

410

H2384 – 0005

2

Chef OKW.

58 a 40 38 g K
1157/38 g K

7.12.1938

3007594

Geheime Kommandosache

7 Prüfnummern
Prüfnummer 7

An

den Herrn Oberbefehlshaber des Heeres. } je besonders
Herrn Ob.d.M., Herrn R.d.L. und Ob.d.L. }

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat mich ermächtigt, Folgendes zur Kenntnis des Herrn Oberbefehlshabers zu bringen:

Die angespannte Finanzlage des Reiches macht es notwendig, daß für den Rest des laufenden Rechnungsjahres 38/39 die Ausgaben der Wehrmacht, die in den letzten Monaten unter dem Zwang außergewöhnlicher Umstände eine sehr erhebliche Steigerung erfahren haben, auf ein für die Dauer tragbares Maß wieder gesenkt werden.

Welche Maßnahmen hierfür zu ergreifen sein werden, wird dem Ermessen des Herrn Oberbefehlshabers nach der Dringlichkeit der Rüstungsvorhaben anheimgestellt. Nach dem Wunsche des Führers

Heer { wird die Bewaffnung allem voranzustellen, die Bevorratung an Munition sowie der Festungsbau des Heeres erst an zweiter Stelle zu berücksichtigen sein.

Marine { wird das Schiffsbauprogramm, Hafen- und Dockbauten allen anderen Bedürfnissen, auch der Bevorratung an Munition, voranzustellen sein.

Luft { wird die Bewaffnung allem voranzustellen, die Bevorratung an Munition usw. erst an zweiter Stelle zu berücksichtigen sein.

Soweit notwendig, wird die Jnangriffnahme neuer Vorhaben hinauszuschieben, die Durchführung laufender Vorhaben und Aufträge auf einen längeren Zeitraum zu verteilen sein. In gewissem Umfange wird auch die vom 1.1.39 ab verringerte Rohstoffzuteilung hierzu zwingen. Erreicht werden muß, daß beim

BDC - Gotha - Göring (Herr) A086518 409

beim Heer
bei der Marine
bei der Luftwaffe
in der Zeit vom 1. November 1938 bis 31. März 1939 (Schluß des Haushaltsjahres) an baren Betriebsmitteln und an Lieferungsschatzanweisungen nicht mehr als

(Heer): 3,7 Milliarden RM (bisher 4,9 verbraucht)
(Marine): 650 Millionen RM
(Luftwaffe): 2,5 Milliarden RM

ausgegeben werden.

Wieviel bare Betriebsmittel und Lieferungsschatzanweisungen für das nächste Rechnungsjahr 1939/40 zugewiesen werden können, steht noch nicht endgültig fest. Auf mehr als

5,2 Milliarden RM wird das Heer
1,4 " " wird die Marine
4.9 " " wird die Luftwaffe

einstweilen nicht rechnen können.

gez. K e i t e l

- - - - - - - - - - -

W H
58 a 40 38 g K
1157/38 g K

Geheime Kommandosache

A b s c h r i f t

zur Kenntnisnahme.

WStb
12. DEZ. 1938
Az. 58
Nr. 4126/38 g K Anl.

An
Chef L
Chef W Stb

H2384 – 0006

H2384 - 0007

4

W Wi Id
-.-.-.-.-

Den 27.10.38

J007597

Für die Überlegung der Aufgabenstellung an Volk, Staat und Wehrmacht erscheint eine Beurteilung des Bedarfes an Rohstoffen, insbesondere an Stahl, notwendig.

Dieser stellt sich, soweit sie von hieraus beurteilt werden kann, wie folgt dar.

Aus der in der Anlage beigefügten Übersicht ergibt sichm dass auf Grund der Weisungen des Führers für den Rüstungsausbau mit einem Stahlbedarf gerechnet werden muss, der

1,o8 Mill.t monatlich ab 1.1.39

beträgt, d.h. um etwa 48 % gegenüber dem jetzigen Kontingent gesteigert werden muss. Zu diesem Bedarf treten weiter die erhöhten Anforderungen des V.J.P., die Forderungen der Ausfuhr und der zur Aufrechterhaltung des Produktionsapparates der deutschen Wirtschaft notwendige Bedarf in Höhe von

1,83 Mill.t monatlich, ab 1.1.39

so dass sich ein Gesamtbedarf von

2,9 Mill t monatlich ab 1.1.39

ergibt, dem jedoch nur eine monatliche Erzeugung von

z.Zt. 1,8 Mill. t monatlich

gegenübersteht.

Ausserdem muss daraufhingewiesen werden, dass mit dem vermehrten Einsatz an Stahl zwangsläufig auch ein vermehrter Einsatz der bereits knappen und mit der Devisenbeschaffung eng verknüpften N E-Metalle verbunden ist.

Die verstärkte Aufrüstung der Wehrmacht muss sich weiterhin tiefgreifend auf den Nachschubbedarf der Wehrmacht, insbesondere an Munition und Treibstoffen auswikren. Es ist daher zu erwarten, dass der zukünftige Bedarf der Wehrmacht die jetzigen Planungen (Schnellprogramm für Pulver und Sprengstoffe, Treibstoffprogramm) überschreiten wird, was eine weitere, bisher noch nicht vorgesehene Erhöhung des Stahlbedarfes zur Folge haben wird.

BDC - Gotha - Göring - Haas (38)
A 086520
407

H2384 – 0008

5

Geheim

Übersicht

über den Eisen- und Stahlbedarf von Wehrmacht und Wirtschaft

t/Monat

J007598

	Kontingent IV.Quartal 1938	Kontingent I. Quartal 1939	Bedarf ab 1.1.1939	+ – gegenüber Kont.I.Quartal 1939
I. Wehrmacht	584 333	573 133	1 088 300	+ 515 167
II. Wehrwirtschaftl. Ausbau der dtsch. Wirtschaft	306 600	306 600	613 500	+ 306 900
III. Ausfuhr (falls es gelingt, den Stand von Anfang 1938 zu erreichen)	380 000	380 000	550 000	+ 170 000
IV. Aufrechterhaltung des Produktions-apparates der dtsch. Wirtschaft	582 800	582 800	582 800	-
V. Sonstiger Bedarf	83 500	83 500	83 500	-
Insgesamt	1 937 233	1 926 033	2 918 100	+ 992 067

A-086521

404 BAK 15/10

H2384 – 0009

6

Anlage 1

Geheim

Übersicht
über den Eisen- und Stahlbedarf der Wehrmacht
t/Monat

J 007599

	Kontingent IV.Quartal 1938	Kontingent I.Quartal 1939	Bedarf ab 1.1.1939	+ – gegenüber Kont.I.Quartal 1939
Heer	300 367	266 000	525 000	+ 259 000
(davon für Befestigungen)	(86 667)	(85 000)	(165 000)	(+ 80 000)
Kriegsmarine	78 000	74 000	140 500	+ 66 500
(davon für "Grüne Wiese")	(-)	(-)	(35 000)	(+ 35 000)
Luftwaffe	166 400	191 133	247 300	+ 56 167
(davon für Befestigungen)	(13 333)	(15 000)	(15 000)	(-)
RV-Maßnahmen	39 566	42 000	175 500	+ 133 500
(davon für verstärkten Ausbau der Hochbahn)	(-)	(-)	(130 000)	(+ 130 000)
Wehrmacht insgesamt	584 333	573 133	1 088 300	+ 515 167

A 086522

403

H2384 - 0010

Geheime Kommandosache. 1. Ausfertigung

Wi II den, 5. Sept. 36

Aktz. 66 b 9910 II z-a

Chef WStb

Jackson 1x

J 007620

Aktenvermerk

über eine Besprechung im Reichswirtschafts-
ministerium am 3. 9. 36.

Vorsitzender:	Ministerialdirektor Sarnow	R.Wi.Min. u. jeweils die zuständigen Fachreferenten d. R.Wi. Min. u. der Überwachungsstellen
Anwesend:	Ministerialdirektor Dr. Landwehr	
	Ministerialdirigent Dr. Spitta	
	Oberregierungsrat Dr. Michels	
	Major Czimatis	R.K.M., W.A.
	Korvettenkapitän Griebel	
	Regierungsbaurat Wissmann	
	Intendanturrat Nierhoff	R.K.M., V.A.
	Oberstleutnant Ploch	R.d.L. u. Ob.d.L.
	Oberst Witting	
	Dipl.ing. Bresser	
	Gen.Direktor Schirner, Verein. Alum.Werke	nur in der Besprechung über Aluminium.
	Dr. Westrick, " " "	
	Dir. Beyer, Alum.Verk.Ges.	

BDC = Gotha Göring (Hann. 36)

A 086523 345

Betr.:

I. Devisenzuteilungsmöglichkeiten an Wehrmacht und Wirtschaft.

II. Aluminium-Versorgung.

I. Das R.Wi.Min. hat den Grundsatz, dass auf die Ausfuhr aller Erzeugnisse mit einem höheren Anteil an Auslandsrohstoffen als 40% verzichtet werden könne, nach eingehender Prüfung der damit verbundenen Nachteile fallen gelassen. Hierdurch ergibt sich ein zusätzlicher Devisenbedarf zur Aufrechterhaltung des Exports von 2 Mill. RM bei der Überwachungsstelle für unedle Metalle. Ausserdem musste die Zuteilung an Bardevisen an die Überwachungsstelle für Bastfasern von 10 Mill RM auf 17 Mill. RM erhöht werden.

Intendanturrat Nierhoff machte Angaben über den Wehrmachtbedarf an Textilien und Leder im Jahre 37, der gegenüber dem Bedarf von 36 ganz wesentlich gestiegen ist (siehe Anlage). Um diesen Wehrmachtbedarf erfüllen zu können, sind zusätzliche Bardevisen in folgender Höhe erforderlich:

Warengruppe	zusätzlicher Wehrmachtbedarf Bardevisen Mill. RM.
1. Wolle	24
Reisswolle	3
Mohairwolle	0,75
2. Seide	0,5
3. Bastfaser	0,25
4. Baumwolle	4
5. Leder	22,5
Summe	55,00

H2384 -0011

007622

Es ergibt sich danach folgendes Gesamtbild:

Für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft und zur Deckung des bisher Bedarfs der Wehrmacht notwendiger Betrag an Bardevisen:

900 Mill. RM.

Zur Aufrechterhaltung des Exports notwendiger Betrag an Bardevisen

248 Mill. RM.

Für die Wehrmacht erforderlicher zusätzlicher Bedarf an Bardevisen

146,8 Mill. RM.

Zur Verfügung stehender Betrag an Bardevisen

140 Mill. RM.

II. Aluminium.

Angaben über den Wehrmachtbedarf an Aluminium sind in der dem R. Wi.Min. am 29. 8. übergebenen Zusammenstellung enthalten.

Major Czimatis erklärte, dass das R.K.Min. nicht, wie in dem Schreiben des R.Wi.Min. vom 21. 8. 36 angegeben wurde, auf eine Beschränkung der Aluminium-Zuteilungen an die allgemeine Wirtschaft verzichtet hätte, sondern dass die Forderung auf eine volle Belieferung der Wehrmacht zur programmässigen Aufrüstung, insbesondere der Luftwaffe, aufrechterhalten werde.

Das R.Wi.Min. hielt die volle Belieferung der Wirtschaft auch im Interesse der Wehrmacht für dringend notwendig,

da

A006525

H2384 – 0012

H2384 – 0013

J007623

da bei einer Drosselung auch mittelbar wehrmachtwichtige Anlagen (Freileitungen) betroffen würden und mit einem Mehrbedarf an Kupfer und damit an Devisen zu rechnen sei.

Die Bewirtschaftung des Aluminiumsdurch die Überwachungsstelle für unedle Metalle wird vom R.Wi.Min. nach wie vor abgelehnt.

Generaldirektor Schirner teilte mit, dass die Verhandlungen über die Hereinnahme von 1 000 to Aluminium aus der Schweiz gegen Lieferung von deutscher Tonerde und Pechkoks günstig ständen. Auch die Bezahlung der Umarbeitungslöhne soll in Tonerde erfolgen. Die Einfuhr dieser 1 000 to verteilt sich jedoch auf etwa 6 bis 7 Monate.

Weitere 1 000 to könnten in verhältnismässig kurzer Zeit von der Aluminium Ltd. aus Canada beschafft werden. Die Verhandlungen hierüber sind noch im Gange.

Schirner gab an, dass die Bestände an Aluminium bei den Werken so hoch wären, dass er, falls das R.L.Min. mit einem vorübergehenden Abbau dieser Bestände einverstanden sei, für die volle Belieferung der Wehrmacht und der Wirtschaft bis zum Anlaufen der neuen Werke in Töging und Bitterfeld garantieren könne.

Oberstleutnant Ploch erklärte sich damit einverstanden, dass die Bestände vorübergehend vermindert würden.

Das R. Wi.Min. ordnete an, dass die Überwachungsstelle für unedle Metalle durch eine Revision die genaue Höhe der Bestände an Aluminium zunächst für die Dürener Metallwerke und die Vereinigten Leichtmetallwerke feststelle.

Sollten

A 086526

Sollten trotzdem in der Belieferung der Wehrmacht mit Aluminium Schwierigkeiten entstehen, so ist das R.Wi.Min. bereit, in erneute Verhandlungen einzutreten.

J. 007624

A 086527

H2384 - 0014

U

12

Anlage.

J007625

Bedarf der Wehrmacht an Textilien und Leder.

Rohstoffe	Bedarf im Jahre 36 to	Bedarf im Jahre 37 to	Erforderlicher zusätzlicher Bardevisenbetrag Mill. RM
Schurwolle	7 200	18 152	24
Reisswolle	1 040	4 900	3
Kämmlinge	11	42	-
Mohairwolle	-	260	0,75
Gerberwolle	761	1 236	-
Seide	23	72	0,5
Kokons +)	72	72	-
Seidengarne +)	48	48	-
Baumwolle	8 600	16 200	
davon Qualitäts-baumwolle f. Reifen u. Zeltbahnen (Ägypt.)		ca. 4 000	4
Reissbaumwolle	560	835	-
Kunstseide	310	670	-
Zellwolle	1 080	3 130	-
Schwingflachs	3 600	4 800	-
Flachswerg	7 070	10 500	-
Jute	2 100	2 100	-
Weichhanf u. Hartfaser	1 100	1 635	0,25++)
davon Hartfaser		ca 200	
Blankleder	11 000	24 000	22,5+++)
Fahlleder	7 100	13 900	
Vacheleder	2 110	4 100	
Sohlleder	3 200	9 500	
			55,00

+) Angaben des R.L.M.

++) Für 400 to Weichhanf und 200 to Manila und Sisal.

+++) Für 22 500 to Häute entsprechend 11 200 to Leder.

A 086528 340

H2384 – 0015

Bei der Errechnung des Devisenbedarfs zur Aufrechterhaltung des Exports in Wollwaren musste berücksichtigt werden, dass die Wollindustrie zur Erhaltung ihrer Exportfähigkeit eine grössere Kürzung als 10% gegenüber dem bisherigen Stand nicht verträgt. Anstelle von Australwolle musste auf etwa 50% der zur Verfügung stehenden Kap-Wolle für die Exporte zurückgegriffen werden. Die aus den Wertgrenzen der Verrechnungsabkommen der westlichen Lieferanten zur Verfügung stehenden Wollen sind voll für den Export angesetzt. Die errechnete Devisenmenge für Export und dringendsten Inlandsbedarf von 12 Mill. RM gilt nur unter der Voraussetzung, dass bis Ende September noch 2 Mill. RM in Bardevisen zur Verfügung stehen.

Für den Wehrmachtbedarf kann mit einer Menge von 10 000 to Schurwolle auf Grund der bestehenden Abkommen gerechnet werden; für die zusätzliche Menge von 8 152 to sind bei Zugrundelegung eines Preises von 3 000,-- RM pro to RM 24 Mill. in Bardevisen erforderlich.

Intendanturrat Nierhoff erklärte, dass eine Herabsetzung der Qualitätsansprüche der Wehrmacht nicht mehr tragbar sei. Es seien bereits bis zu 20% Zellwolle für Uniformtuche vorgesehen und eine Beimischung von 30% Reisswolle für Mäntel.

Der Devisenbetrag von 4 Mill. RM für Qualitätsbaumwolle ist deshalb erforderlich, da mit den bisher bestehenden Kompensationsgeschäften, vor allem mit Ägypten, nach dem Runderlass 237 nicht mehr gerecht werden kann.

Der

A 086594 339

H2384 – 0016

H2384 - 0017

Der für den Export angesetzte Devisenbetrag von 17 Mill. RM für die Überwachungsstelle für Bastfasern verteilt sich wie folgt:

10 Mill. RM für Jute
6 " " " Sisal
1 " " " Manila

Der Anfall an Häuten in Deutschland wird mit 140 000 to pro Jahr angegeben. Selbst bei Zugrundelegung einer erheblichen Drosselung des Inlandsverbrauchs an Leder können 22 500 to Häute entsprechend 11 200 to Leder für die Wehrmacht nur mittels Bardevisen (22,5 Mill. RM) beschafft werden.

Der Rohhäutebedarf wurde im einzelnen unter Berücksichtigung der verschiedenen Gerbdauer der einzelnen Lederarten ermittelt.

J 007630

Notiz

Präsident S c h a c h t rief mich heute 13.00 Uhr zu sich und bat mich dem Herrn Kriegsminister folgendes zu übermitteln:

Sch. sei mit schwersten Sorgen vom Führer zurückgekehrt, da er dem vom Führer geplanten Wirtschaftsprogramm nicht zustimmen könne.

Der Führer wolle auf dem Parteitage über Wirtschaftspolitik sprechen und dabei zum Ausdruck bringen, daß wir uns jetzt mit aller Energie durch Jnlandserzeugung vom Auslande frei machen würden.

Sch. bittet dringlichst, daß der Reichskriegsminister den Führer vor diesem Schritt warnt.

Betont der Führer vor den Massen in Nürnberg dieses Vorhaben, so wird er bei den Zuhörern großen Beifall haben aber damit die gesamte Handelspolitik zum Scheitern bringen. Jn unserer Notlage gibt es nur eines, die Exportförderung. Jede Drohung gegen das Ausland erzielt aber die gegenteilige Wirkung.

Es muß dem Führer immer wieder gesagt werden, daß wir mit den deutschen Werkstoffen noch nicht so weit sind.

Auf dem Treibstoffgebiet haben wir Rückschläge, auf dem Gummigebiet gibt es nicht vor Mitte nächsten Jahres größere Mengen. Das Renn-Verfahren auf dem Erzgebiet macht große Schwierigkeiten.

Wenn wir jetzt unseren Entschluß, uns wirtschaftlich selbständig zu machen, erneut nach Außen hinauswerfen, drücken wir uns selbst die Gurgel zu, denn wir können die notwendige Übergangszeit nicht mehr durchhalten.

Außerdem sei immer wieder darauf hinzuweisen, daß deut-

BDC - Gotha - Göring (Harr. 36)

086531

H2384 – 0019

16

J 007631

sche Werkstoffe vorläufig viel zu teuersind, um im Export verwandt zu werden und der Export allein ermöglicht die weitere Rüstung.

Wenn die Ernährungsgrundlage des Volkes nicht gefährdet werden solle müsse der Führer von seinem Plan Abstand nehmen.

Präsident Schacht schloß, daß er nochmals inständigst bitte, diese seine Warnung zu hören und er sie an den Herrn Kriegsminister übermittele, da er an der morgigen Besprechung beim Führer nicht teilnehme.

Thomas 2/9.

Thomas in seiner Denkschrift:
„die fehlenden Barmillion müssen eingespart werden, da keine Möglichkeit mehr besteht, sie durch Steigerung des Exportes hereinzubekommen.

Englische Rüstung = Erz! Eigenbeschaffung muß heran.
4 Jahresplan ohne Kampfansage an Ausland?
Kartensystem?
Tempo der Rüstung? Ja. —
„Breite der Rüstung genügt nicht. Rückhalt an Devisen und Rohstoffe ist unerläßlich."

086532 330

1301-PS

Ministerpräsident Generaloberst Göring
Rohstoff- und Devisenstab

Berlin, den 30. Mai 1936
Behrenstraße 68-70
Fernsprecher: A 2 0048

Tgb.-Nr. ..... /36

Geheime Reichssache

An

den Herrn Reichskriegsminister
Generalfeldmarschall v. B l o m b e r g

B e r l i n .

D007722

Anliegend wird eine Niederschrift der Bespre=
chung des Ministerrates vom 27.5.36 überreicht.

J.A.

Oberstleutnant des Generalstabes.

1 Anlage.

BDC - Gotha - Göring (Harr. 36)

A086533 149

H2384 – 0020

H2384 - 0021

18

/30.D.

Geheime Reichssache

J007723

Niederschrift

des Ministerrates am 27.5.36, 11^{30} Uhr.

Vorsitz: Ministerpräsident Generaloberst G ö r i n g
Reichskriegsminister Generalfeldmarschall v. B l o m b e r g
Reichsbankpräsident und kommissarischer Reichs- und Preußischer Wirtschaftsminister Dr. S c h a c h t
Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. K r o s i g k
Preußischer Finanzminister Prof. Dr. P o p i t z
als Protokollführer Oberstleutnant des Generalstabes L ö b

- - - -

Min.Präs.Göring: Die beiden bisher abgehaltenen Sitzungen des Sachverständigenausschusses haben interessante Aussprache ergeben. Naturgemäß divergieren Meinungen vielfach. Sachverständige sind aufgefordert, ihre Auffassungen schriftlich niederzulegen.
Heute Aussprache über Ersatzstoff-Frage. Welche Bedenken sprechen gegen die innerdeutsche Erzeugung von Kriegsrohstoffen?

Minister Schacht: Grundsätzlich spricht nichts dagegen, Lösung der Rohstoff-Frage durch Eigendeckung theoretisch durchaus notwendig und anerkannt.
Schwierigkeiten bestehen in

1.) starker geldlicher Belastung durch Investierungen. Geldschöpfung durch Vermögensabgabe nicht durchführbar. Geldumlauf kann nicht über gewisses Maß erhöht werden. Bisherige Maßnahmen korrekt und ohne Gefährdung der Währung durchgeführt. Weitere Steigerung bedenklich, Vertrauensfrage. Dieser Gesichtspunkt aber allein nicht ausschlaggebend, möglich, daß aus Industriegewinnen noch Mittel abgeschöpft werden können.

2.) Besondere Bedenken in den Fällen, wo Ersatzstoffe erheblich über Weltmarktpreis liegen und deshalb Erzeugnisse aus ihnen nicht konkurrenzfähig sind (Beispiel: Reifen aus Buna). Ausgleich würde weitere Steigerung der Exportabgabe bedingen. Wege der Verminderung des Geldwertes ungangbar, da Staatshaushalt sofort in Unordnung gebracht werden würde.

-2-

A 086534

148

H2384 – 0022

Vers cht werden muß, in Frieden diejenigen Rohstoffe innerdeutsch zu produzieren, die wirtschaftlich günstig liegen; für andere Rohstoffe Bereitschaftsanlagen für Kobfall.
Besonders klar liegt Frage bei Flachs, dort volle Bedarfsdeckung möglich; nicht dagegen bei Hanf.
Gewisse Kriegsrohstoffe müssen bevorratet werden.
Diese Gesichtspunkte im RWiMin durchaus anerkannt und befolgt. Durchführung wesentlich von der Mittelfrage abhängig. Deshalb Notwendigkeit, auf allen Gebieten zu sparen, um ersparte Mittel für Investitionen verfügbar zu haben.

Min.Präs.Göring: Alle Maßnahmen sind vom Standpunkt der gesicherten Kriegsführung aus zu betrachten.
Bereitschaftsanlagen müssen im Regelfalle bereits im Frieden in gewissem Umfange laufen.
Anzustreben, billigen Importrohstoff für Exportzwecke, teuren Inlandsrohstoff für innerdeutschen Bedarf zu verwenden. In den Fällen, wo die Preisspanne gering, wahrscheinlich Schaffung eines Ausgleichs vorzuziehen.

Minister Schacht: Dieser Ausgleich durchführbar entweder durch Beimischungszwang oder durch staatlichen Preisausgleich für den teueren Rohstoff.
Auf alle Fälle Preisüberwachung wieder einzuführen.

Minister Popitz: Abwälzung der Mehrpreise auf die Konsumenten dann möglich, wenn Spanne nur gering.
Anderer gangbarer Weg Verkaufs- bezw. Großhandelsmonopol für bestimmte Waren.

Minister Schacht: Empfehlenswert einzelne große Gebiete, z.B. Textilien, preislich nicht zu beeinflussen, dafür Mittel konzentrieren zur geldlichen Stützung anderer Rohstoffgebiete.

H2384 – 0023

Minister v.Krosigk: Frage kann nicht generell theoretisch, sondern nur praktisch an Hand einzelner Beispiele beurteilt werden.

Min.Präs.Göring: Zeitlich zuerst ist die besonders dringende Mineralölfrage zu behandeln.
Allgemeines Einverständnis hierzu.

Minister v.Krosigk: Bisherige Erfahrung, daß bei Anlaufen neuer Methoden Abnahme- bezw. Preisgarantie durch das Reich sich so auswirkt, daß bald neue billigere Herstellungsmethoden gefunden werden. Dies spricht für nicht zu plötzliche Ausweitung der Produktion.

Min.Präs.Göring: Warten auf neue Methoden ist jetzt nicht mehr am Platze.
Plan des Reichsforstamtes für Holzverwertung fertig. Einfuhr von Nutzholz auf jeden Fall zu drosseln, stärkste Anspannung deutscher Waldbestände zur Zeit vorzusehen und vertretbar.
Zu entscheiden, ob zu höheren Anreiz anfänglich Risikoprämie über 6% Verdienst gewährt werden soll.

Minister Schacht: Wendet sich gegen höhere Verdienste als 6%. Vorzusehen Garantie der Verzinsung, die genügen muß.

Minister v.Krosigk: Bespricht Vorteile der Amortisationsgarantie.

Minister Popitz: In derartigen Verträgen werden vielfach zu schnelle Abschreibungen vorgesehen.

Minister Schacht: Im Anfang empfiehlt sich größeres Entgegenkommen, später stärkeres Anspannen unter Gewinnbeteiligung des Reiches.

Minister Popitz: Beantragt, Abschreibungszeiten durch besonderen Ausschuß nachprüfen zu lassen.

Min.Präs.Göring: Bis zur nächsten Ausschußsitzung soll vorbereitet werden Übersicht:

1.) Bestandsaufnahme deutscher Rohstoffmöglichkeiten,

A 086538 146

H2384 - 0024

J 007726

2.) Form des jetzigen Abbaus,
3.) Kohlbedarf,
4.) wie sollen also Rohstoffe behandelt werden? Insbesondere Klärung, ob innerdeutsche Erzeugung schon im Frieden einsetzen soll oder ob Reservehaltung wichtiger ist.

Gebiet der Mineralöle kann als abgeschlossen angesehen werden, ist infolgedessen sofort zu behandeln.

Bei nächstem Ministerrat Behandlung der Landwirtschaftsfrage, dazu Minister Darré und Staatssekretär Backe.

Minister v.Blomberg: Bei Treibstoffwirtschaft zu entscheiden, ob Umstellung auf feste Brennstoffe schon im Frieden durchgeführt oder, wie in Frankreich, für den Kohfall vorbereitet werden soll. Möglich und empfehlenswert erhöhte Verwendung von Schwelkoks; keine Dieselöle für Eisenbahn.

Min.Präs.Göring: Sparsamkeit auch auf anderen Gebieten mit Devisenrohstoffen unbedingt notwendig und durchzusetzen.

Minister v.Blomberg: Hierzu als Beispiel zu untersuchen Ersatz des Schwermetalls durch Leichtmetall (z.B. Konservenbüchsen aus Aluminium); allgemeine Steigerung der Verwendung von Glas, insbesondere z.B.für Fliegerbomben, vielleicht auch für Granaten; Verwendung von Kunstpreßstoff für weite Gebiete, sogar für Getriebe möglich.
Gewisse Zukunftshoffnungen können auf China gesetzt werden. Deshalb politische Brüskierung zu vermeiden. Vorsichtiges Vorgehen bei der Annäherung an Japan notwendig, zur Zeit würde Anerkennung von Mandschukuo vernichtend für die durch Herrn Klein in China laufenden Pläne sein.

Min.Präs.Göring: Gemeinsame Front China mit Japan könnte wahrscheinlich gegen Sowjetrußland hergestellt werden

-5-

A 086537 185

H2384 – 0025

22

 J 007727 p weitgehend drückte ich mich nicht aus. 39

Minister v.Blomberg: Japan als militärischer Machtfaktor fragwürdig.

Min.Präs.Göring: Außerdem besteht jederzeit Gefahr des Umschwenkens der Japaner.
Ergebnis des Chinageschäfts bei der unklaren innerpolitischen Lage sehr schwer übersehbar.

Minister Schacht: Hat Bestrebungen des Herrn Klein immer unterstützt, da er insbesondere Ernährungsrohstoffe aus China erhofft.

Minister v.Blomberg: Setzt sich ein für weitere Mitarbeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, mit der RKM gute Erfahrungen gemacht hat. An ihre Spitze gehört wissenschaftliche Autorität; andere, für bevorstehenden Wechsel seitens der Partei angebotene Lösung untragbar.

Minister Popitz: Kandidatur Geheimrat Bosch für diesen Posten dann möglich, wenn seine Herauslösung aus I.G. erfolgt.

Minister Schacht: Allgemein wird geklagt über Rückgang der deutschen Wissenschaft; dies auch für Export schädlich, da fehlender Nachwuchs Durchführung deutscher Ingenieuraufgaben im Ausland und damit deutsche Auslandsaufträge einschränkt.

Minister Popitz: Unterstreicht diese Klagen. Eingriffe der Partei, die wichtige Leute beseitigt, unerträglich. Erläuterung durch Beispiele.
Bei Geisteswissenschaften Folgen nicht so unmittelbar spürbar, desto mehr bei Naturwissenschaften.
SA-Dienst usw. sollte in erste 2 Studiensemester gelegt werden, dann volle Zeit und Freiheit zu wissenschaftlicher Betätigung.

Min.Präs.Göring: In Preußen diese Schwierigkeiten im allgemeinen beseitigt. Einwirkung des Verbindungsstabes nicht immer glücklich. Rolle des Professor Wagner.
Stellt zur Debatte Übernahme eines spanischen

A 086538 144

H2384 - 0026

Zinnvorkommens, das von schwedischer Seite angeboten wird.

Minister Schacht: Grundsätzlich einverstanden, besonders wenn im Partnergeschäft deutsche Leistungen durch Maschinenlieferungen erfolgen.

Min.Präs.Göring: Bittet Minister Schacht, bei demnächstigem Besuch in Belgrad bezgl. Jugoslavien in diesem Sinne zu verhandeln.

Minister Schacht: Kupferausbeutung in Jugoslavien muß unmittelbar erfolgen unter Ausschluß der Franzosen, die Kupfer nur gegen Devisen verkaufen.

Min.Präs.Göring: Die Untersuchung über Fragen des landwirtschaftlichen Sektors im nächsten Ministerrat sollen so geführt werden, daß unmittelbare Aussprache Minister Schacht/Minister Darré über die einzelnen Differenzpunkte erfolgt.

Schluß der Sitzung 13 Uhr.

H2384 - 0027

A 086540

J007730

27.5.1936.

Versorgungslage mit Betriebsstoffen.

(1. Entwurf eines Lösungsvorschlages)

	L. Fahrzeugkraftstoffe		Flugtreibstoffe		Gasöl		Heizöl	
	Frieden 36	Mob.-Fall 38	Frieden 36	Mob.-Fall 38	Frieden 36	Mob.-Fall 38	Frieden 36	Mob.-Fall 38
Gesamtbedarf Wehrmacht und Wirtschaft t/Jahr	2 000 000	1 650 000	80 000	600 000	800 000	1 300 000	500 000	1 200 000
Erzeugung im gesamten Reichsgebiet bis Ende 1936 t/Jahr		1 300 000			220 000		270 000	
Fehlbedarf gegen Mob.-Bedarf t/Jahr		950 000			1 080 000		930 000	
Durch Umlagerung zu decken (Ersatztreibstoff)					200 000			
Notwendige neue Planungen		950 000			880 000		930 000	
Lösungsvorschlag		3 Fischer-Anlagen je 320 000 t/Jahr vbis Ende 37			4 I.G.-Pott-Anlagen je 220 000 t/Jahr bis Ende 37		3 Fischer-Uhde-Pott- oder Schwelanlagen je 310 000 t/Jahr	
Kosten		380 Mill.RM			400 Mill.RM		370 Mill.Rm	

24

H2384 -0028

25

Abschrift des Entwurfs.

Der R.K.Min.u.Ob.d.W.
Nr.200/36 g.Kdos.WH

Geheime Kommandosache

31.8.1936

4 Ausfertigungen.
1.Ausf. = Entwurf
2. " = RLMin
3. " = RFMin
4. " = RBkPräs

1) An den

Reichsminister der Luftfahrt und
Oberbefehlshaber der Luftwaffe
Herrn Generaloberst Göring

Berlin W 8

J 007638

Lieber Generaloberst Göring!

In dem von Ihnen geleiteten Ausschuß für Devisen und Rohstoffe haben schon die bisherigen Verhandlungen die Notwendigkeit ergeben, sich dort auch mit der Finanzierung der Wehrmacht zu beschäftigen. Ich halte jetzt den Zeitpunkt für gekommen, daß der Ausschuß die Behandlung dieser Frage aufnimmt.

Zur Vorbereitung einer solchen Erörterung verweise ich auf folgendes:

I. Überschreitung des Haushalts 1936.

Es hat sich, insbesondere aus dem Entschluß des 7.3.1936, ergeben, daß die der Wehrmacht für 1936 zugewiesene Summe von rund 10 Mia RM nicht ausreicht.

1. Beim Heer werden Mehrausgaben notwendig vor allem durch
   a) die Remilitarisierung des Rheinlandes,
   b) die Befestigung des Rheinlandes,
   c) die Aufstellung aller 36 Divisionen schon zum 1.10.1936,
   d) die Beschleunigung der Motorisierung, insbesondere die Aufstellung von 4 vollmotorisierten Infanterie-Divisionen,
   e) den Zwang zur erheblichen Steigerung der Munitionsvorräte infolge der Vermehrung der Zahl der Divisionen,
   f) fabrikatorische Vorbereitungen auf den verschiedensten Gebieten.
2. Bei der Marine verursachen die notwendige schnellere Personalvermehrung, die Schaffung einer 4.Einfahrt in Wilhelmshaven und die Wiederbefestigung von Helgoland Mehrausgaben.
3. Luftwaffe.
   a) Nach dem Befehl des Führers soll die Aufstellung aller Formationen der Luftwaffe am 1.4.1937 abgeschlossen sein. Es müssen deshalb 1936 erhebliche Aufwendungen gemacht werden, die, als der Haushalt 1936 aufgestellt wurde, erst für spätere Jahre beabsichtigt waren. Besondere Mehrausgaben verursacht

BDC - Gotha - Göring - Harv. 31
A086541

H2384 – 0029

ursacht die Schaffung einer ausreichenden Bodenorganisation.

b) 1937 muß bei der Luftwaffe die erste Erneuerung der Typen erfolgen. Es müssen deshalb 1936 die dafür erforderlichen fabrikatorischen Vorbereitungen einsetzen.

Es ergibt sich hieraus für 1936 bei der Wehrmacht ein Mehrbedarf von mindestens 3,6 Mia RM.

Hiervon entfallen auf Heer und Marine zusammen rd. 1 Mia RM. Bei Heer und Marine ist bisher die Ausführung der Aufträge und dementsprechend die Fälligkeit der Zahlungen für die Lieferungen nicht unwesentlich hinter der Erteilung der Aufträge zurückgeblieben. Es kann deshalb angenommen werden, daß diese 1 Mia RM vor dem 1.4.1937 kassenmässig nicht notwendig wird. Die Aufträge über diese 1 Mia RM sind aber erteilt, im Rechnungsjahr 1937 wird die 1 Mia RM auch kassenmässig gebraucht.

Bei der Luftwaffe betragen die Mehraufwendungen 2 600 Mio RM. Hier ist die Ausführung sowohl der Aufträge aus den Haushaltsmitteln des Jahres 1936 wie der Aufträge des Zusatzbedarfs im vollen Gange. Die 2 600 Mio RM für die Luftwaffe müssen noch im Rechnungsjahr 1936 bereit gestellt werden.

Ob die Einführung der zweijährigen Dienstzeit zu weiteren Mehrausgaben führen wird, läßt sich noch nicht abschliessend übersehen.

II. Anforderungen für 1937.

Die Vorarbeiten für den Haushalt 1937 sind noch nicht beendet. Gegenwärtig werden die Anforderungen für 1937 geschätzt für

1. das Heer auf	6.5 Mia RM
2. die Marine auf	1.2 " "
3. die Luftwaffe auf	6.0 " "
zusammen:	13.7 Mia RM.

007639

Außer diesen 13.7 Mia RM werden rund 500 Mio RM für Reichsverteidigungsanforderungen der Zivilressorts notwendig werden.

III. Dauerbedarf.

Nach einer kürzlich angestellten Ermittlung werden die Wehrmachtteile nach beendigter Aufrüstung folgenden Dauerbedarf haben:

1. Heer	3.6 MiaRM
2. Marine	0.73 Mia RM
3. Luftwaffe	2.507 Mia RM.
zusammen:	6.837 Mia RM.

Der

A086542 1301-PS

H2384 - 0030

27

Der Dauerbedarf läßt sich zur Zeit kaum genau schätzen. Gerade beim Heer ist eine wesentliche Erhöhung des Dauerbedarfs durchaus wahrscheinlich.

Weiteres Material, insbesondere eine Darstellung über die Anforderungen für die Jahre bis zum Abschluß der Aufrüstung lasse ich folgen, sobald die dazu notwendigen Ermittelungen abgeschlossen sind.

Dem Herrn Reichsminister der Finanzen und dem Herrn Reichsbankpräsidenten habe ich Abschrift dieses Schreibens zugehen lassen.

Heil Hitler!
Ihr

./. ./.

2) An den

Herrn Reichsminister der Finanzen
B e r l i n W 8

007640

3) An den

Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht
Ber l i n SW 111

Abschrift (von 1)
zur gefl. Kenntnis.

4) WV

Chef WA Chef WH
gez. T

Vermerk:

1. Das Schreiben an Generaloberst Göring hat Major v. Wolff am 31.8. an Oberstleutnant Bodenschatz übergeben.
2. Die Schreiben zu 2 und 3 habe ich am 31.8. an Reichsbankpräsidenten Dr.Schacht und R F Min Graf Schwerin von Krosigk persönlich ausgehändigt.

gez. T.

Für richtige Abschrift
Hollender
Min Rat
20/9.36

A086543

319

W Stb
W Wi
Blatt 1

2. Mai 1936

Übersicht über die Rohstofflage

	Eisenerze		Aluminium		Kautschuk		Zellwolle		Bem.
Gesamtbedarf für Wehrmacht und Wirtschaft (geschätzt)	Frieden 1936	Mob.Fall 1938	Frieden 1936	Mob.Fall 1938	Frieden 1936	Mob.Fall 1938	Frieden 1936	Mob.Fall 1938	
	9,5 Millionen	11 Millionen	105 000	160 000	75 000	85 000	12 000-70 000	abhängig v. Naturfasereinfuhr	
Erzeugung gesamtes Reichsgebiet	1,8 Millionen		96 000		1 000		12 000 - 70 000		
Fehlbedarf	7,7 Millionen	9,2 Millionen	9 000	64 000	74 000	84 000	jede Erzeugungssteigerung dürfte vom Markt aufgenommen werden.		
Überschuss	-	-	-	-	-	-			
Vorläufig bestehende Planungen für Erweiterung der Eigenerzeugung	1,2 Millionen (Vorschlag Keppler)		-		2 400		Steigerung bis Ende 1936 auf zunächst 70 000 t		

4086541

H2384 - 0031

H2384 - 0032

29

Abschrift

Ministerpräsident Generaloberst Göring Berlin, den 15.Mai 1936

Rohstoff- und Devisenstab

Geheime Reichssache

An den

Herrn Reichskriegsminister
Generalfeldmarschall v. B l o m b e r g

Anliegend wird eine Niederschrift der Besprechung des Ministerrates vom 12.5.1936, nachmittags, überreicht.

I.A.

gez. Löb
Oberstleutnant d.Gen.Stabes

BDC - Gotha - Göring (Harv. 36)

A086545

Geheime Reichssache.

N i e d e r s c h r i f t

des M i n i s t e r r a t e s am 12.5.36, 17 Uhr.

V o r s i t z Ministerpräsident Generaloberst G ö r i n g
Reichskriegsminister Generalfeldmarschall v. B l o m b e r g
Reichsbankpräsident und kommissarischer Reichs- und Preußischer Wirtschaftsminister Dr. S c h a c h t
Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk
Preußischer Finanzminister Prof. Dr. Popitz
als Protokollführer Oberstleutnant d.Gen.Stabes L ö b

Minister Schacht: Stellt die bisherige Entwicklung dar.

Als vor zwei Jahren der Entschluß zur Aufrüstung gefaßt wurde, wurde beschlossen, die Finanzierung im wesentlichen außerhalb der Mittel des Reichsfinanzministeriums durchzuführen. Dies bedeutete das Einsetzen der letzten Reserven von vornherein. Ein Entschluß, der nicht unbedenklich erschien. Denkschrift vom 3.5.36 sagt Gleiches.

Im Verlauf der letzten zwei Jahre wurde das Programm nach Umfang und Tempo immer mehr gesteigert. Somit wurden die Ansprüche an die Reichsbank ständig erhöht.

Nötig wäre es, als Grundlage der Finanzierung eine ruhige prosperierende Wirtschaft zu schaffen und dabei zu verzichten auf die Durchführung sonstiger, teilweise irrationaler Gedanken und Ziele der Partei. Diese psycholigische Voraussetzung ist nicht durch die Partei als solche, aber durch viele Einzelgruppen der Partei immer wieder gestört worden; persönliche Angriffe gegen Dr. Schacht und damit gegen die Wirtschaft folgten. Dr. Schacht hat immer wieder offen betont, man müsse eine Kultur- und Rechtspolitik treiben, die die Wirtschaft in Ruhe läßt. Man darf sie aber nicht von vornherein als habgierig

H2384 – 0033

und eigensüchtig hinstellen.
Auch Geldtheorien verschiedenster Art sind unter Beunruhigung der Wirtschaft immer wieder verkündet worden; ein Auftreten dagegen war praktisch unmöglich, da der Propagandaapparat der Partei dies nicht zuliess.
Dr.Schacht hat trotzdem weiter gearbeitet, weil er in unwandelbarer Treue zum Führer steht, weil er die Grundgedanken des Nationalsozialismus voll anerkennt und weil letzten Endes die Störungen, gemessen an der grossen Aufgabe, als belanglos anzusehen waren.
Bisher sind für Aufrüstung und Arbeitsbeschaffung rund 11 Milliarden Reichsmark ausserhalb des Etats bereit gestellt worden ohne Erschütterungen der Kurse und der Währung;das Zinnsniveau konnte gesenkt werden.
In persönlicher Rücksprache und in Kabinetssitzungen hat der Führer mehrfach betont, dass das Tempo der Aufrüstung bis zum Frühjahr 1936 durchzuhalten sei. Dies wurde zugesagt und ist durchgeführt.

Min.Präs.Göring: Hat von dieser zeitlichen Begrenzung nichts gehört.

Minister Schacht: Für weitere Durchführung des Programms ist wesentlich die Frage, wieviel Geld aus der Wirtschaft wieder herausgeholt werden kann. Etwa 2 Milliarden können jährlich in langfristigen Anleihen konsolidiert werden, 8 - 9 Milliarden Reichsmark nicht angefordert; die Möglichkeit einer Bereitstellung hängt von der Entwicklung des Geldmarktes ab.
Notwendig ist völlige Konzentrierung des Geldmarktes durch die Reichsbank.
Wenn die Reichsbank mehr Noten ausgeben müsste, als die Währung verträgt, müsste auf andere Faktoren zurückgegriffen werden.
Eine Inflation wird Dr.Schacht nie mitmachen; auch der Führer hat sich in diesem Sinne festgelegt.Die Gefahr einer solchen Entwicklung liegt

A 086547

H2384 - 0034

vor. Wenn ein Weg gegangen werden soll, der diese Gefahr in sich birgt, möchte Dr.Schacht rechtzeitig ausscheiden, um bei dem neuen Kurs nicht zu stören.
Dr.Schacht hält es für ausgeschlossen, dass Preise durch den Staat festgehalten werden können, wenn die Geldgebarung so weitergeht.

Min.Präs. Göring: Was ist die Grundlage der Währung bei der Reichsbank?

Minister Schacht: Mit Golddeckung hat diese Frage nichts zu tun. Es handelt sich um ein Imponderabile, für die den Zeitpunkt zu erkennen, dem Fingerspitzengefühl überlassen bleiben muss.
Wenn durch Geldüberfluss die Gefahr eines Absinkens der Mark besteht, kann und muss der Staat von der Finanzseite her durch Steuern usw. eingreifen. Bei der Betrachtung der Güterseite muss festgestellt werden, dass wir mit zahllosen Gütern vom Auslande abhängig sind. Auch umfangmässig kleine Prozentsätze wirken sich wesentlich aus. In vielen Fällen ist der Zwang zum Import durch handelspolitische Beziehungen gegeben; deshalb darf die Rohstofflage nicht nur von der Seite der innerdeutschen Erzeugung her angesehen und angegriffen werden. Die ausländischen Beziehungen dürfen nicht überstürzt abgebaut werden. Beispielsweise sind die Verhandlungen mit Standard und Shell auf dieser Grundlage geführt worden.

Min.Präs.Göring: Wenn die Ersatzstoffe mengenmässig ausreichen werden, werden wir den Import, der uns solche Schwierigkeiten bereitet, nicht mehr brauchen.

Minister Schacht: In einer Reihe von Fällen sind, um Import durchführen zu können, innerdeutsche Arbeiten zum Ausgleich herangezogen worden. Z.B. Tankschiffe für Ölimportgesellschaften.

A 086548

H2384 – 0035

H2384 - 0036

Insbesondere soll aber über Vorhaben und Massnahmen auf diesem Gebiet nicht in der Öffentlichkeit gesprochen werden, um nicht die Importeure zu beunruhigen.

Min.Präs.Göring: Wenn der Führer sich in dieser Richtung geäussert hat, so hat er das getan, um dem im Lande wachsenden Pessimismus auf diesem Gebiet entgegenzutreten.

Minister Schacht: Auf jeden Fall muss jede Unruhe vermieden werden. Ausländische Exporteure haben bereits nachgelassen in der Bereitschaft, gegen Devisenbescheinigungen zu liefern, da sie scheinbar kein Vertrauen mehr in die Einlösung dieser Bescheinigungen haben.

Min.Präs.Göring: Unsere Rohstofflage ist im grossen der Welt bekannt. Die in den Zeitungen am 28.4.36 erschienene Veröffentlichung hat keine geheimen Dinge enthalten. Durch diese Veröffentlichung müsste eigentlich das Zutrauen des Auslandes sich gehoben haben, da allgemein im Auslande die Auffassung vertreten wurde, dass Dr.Schacht durch den Ministerpräsidenten der Partei gegenüber gedeckt werde.

Minister Schacht: Die Lage ist zur Zeit folgende:
Im Besitz von Privatbanken befinden sich noch etwa 64 Millionen Mark Gold, davon sind etwa 20 Millionen Mark bereits durch Rembourse festgelegt.
Gekauft werden müssen insbesondere Kautschuk und Textilien, Kautschuk haben wir fast nicht. Zellwolle ist kein vollwertiger Ersatz, insbesondere nicht für Exportware. Die Notwendigkeit der Schliessung von verarbeitenden Betrieben wird sich demnach bald ergeben.
Entschieden werden muss, ob das verfügbare Gold in dem bisherigen Tempo vollkommen ausgegeben oder ob schon früher gebremst werden soll.

A 086549

H2384 - 0037

Schwedenerze sind noch für etwa 3 Monate vorhanden. Der Export nach Schweden wird schwieriger und damit die Einfuhrmöglichkeiten geringer.

Min.Präs.Göring: Ist der Auffassung, dass unser Export nach Schweden weitergeht, somit auch auf Import weiter gerechnet werden kann.

Minister Schacht: Die Rohstoffvorräte Deutschlands betrugen bei Kriegsbeginn wertmässig etwa 7 -8 Milliarden; jetzt liegen sie unter 1 Milliarde.

Min.Präs.Göring: Hat mehrfach gehört, dass Exportgeschäfte vom Reichswirtschaftsminister abgelehnt worden sind. Künftig werden die Ressorts durch ihn zur Nachprüfung derartiger Erscheinungen veranlasst werden; vielleicht wird dann manches anders gehen als bisher.

Minister Schacht: Steigerung unseres Exports erscheint auf absehbare Zeit sehr unwahrscheinlich.
Weitere Verpflichtungen erwachsen durch Auswärtiges Amt, Reichsbahn, Post,Partei und sonstige Stellen; bald wird der konsularische Dienst nicht mehr bezahlt werden können.
Es wird also ein Zeitpunkt eintreten, an dem wir Reserven weder an Rohstoffen noch an Devisen verfügbar haben werden.

Min.Präs.Göring: Wenn wir morgen Krieg haben, müssen wir durch Ersatzstoffe uns helfen. Dann wird Geld keine Rolle spielen. Wenn das so ist, müssen wir auch bereit sein, im Frieden die Voraussetzungen dafür zu schaffen.
Die eben vorgetragene Bilanz hätte nach seiner Auffassung auch in dem Kreise am heutigen Vormittag gegeben werden können.

Minister Schacht: Bekanntgabe empfiehlt sich nur im kleinsten Kreise.

A 086550

Min.Präs.Göring: Notwendig ist es, für die Durchführung benötigte Leute ins Bild zu setzen.

Minister Schacht: Nach seiner Auffassung nur die Minister. Staatssekretäre nicht. Im übrigen muss jedes Ressort einzeln vorgenommen werden.

Min.Präs.Göring: Die psychologischen Voraussetzungen für das richtige Anfassen der Arbeit müssen überall geschaffen werden. Die tatsächliche Arbeit geschieht durch die Staatssekretäre und die Referenten. Zukünftig muss noch vielmehr in Einzelheiten gegangen werden; Vertrauen zu den hierzu herangezogenen Persönlichkeiten ist unbedingte Voraussetzung.

Min.Präs.Göring: fasst die Ausführungen des Ministers Schacht zusammen:
Ansprüche an die Reichsbank können in Kürze nicht mehr gedeckt werden; es sind nur noch 64 Millionen Reichsmark verfügbar.

Minister Schacht: Erklärt, dass ausser diesen 64 Millionen Reichsmark Gold bei Privatbanken noch 72 Millionen Gold bei der Reichsbank liegen.

Min.Präs.Göring: Fährt in der Zusammenfassung fort:
Die Knappheit an Rohstoffen ist in ihrem Umfange bekannt. Wesentliche Steigerung des Exports ist nach Auffassung des Ministers Schacht nicht mehr möglich.

Minister Schacht: Die Erzeugung von innerdeutschen Rohstoffen findet dort ihre Grenze, wo eine Verteuerung der Exportware dadurch entsteht.

Min.Präs.Göring: Man kann innerdeutschen Bedarf und Export trennen. Wichtig sind auch die kleinsten Kleinigkeiten. Notwendig erscheint

1. Exportsteigerung trotz aller Schwierigkeiten,

A 086551

H2384 - 0038

H2384 - 0039

2. innerdeutsche Rohstoffdeckung,

3. die zur Durchführung aller Massnahmen gegebenenfalls notwendige Umlagerung von Arbeitskräften und Ernährungsgrundlagen.

Diese Probleme greifen alle ineinander, so dass Beteiligung aller Ressorts notwendig.
Lehrreiches Beispiel: Lage des Landwirtes, der die an sich gegebene Möglichekeit einer Intensivierung der Düngung deshalb nicht ausnutzt, weil bei Missernten die Höhe des dann verlorenen Kapitals für ihn nicht tragbar ist. In einem solchen Falle muss durch eine Sonderorganisation das in der Witterung liegende Risiko dem Landwirt teilweise abgenommen werden.
Reichsfinanzministerium muss auch bezügl. des ordentlichen Haushaltes weitgehend eingeschaltet werden. Wiedererweckung der Sparsamkeit auf allen Gebieten gehört in dieses Programm.

Minister Popitz: Die Schlussfolgerungen, die Dr. Schacht gezogen hat, sind klar und überzeugend, unter der Voraussetzung, dass die Grundlagen für diese Folgerungen richtig sind. Das muss geprüft werden.
Es muss erneut festgestellt werden, ob die Grundsätze, nach denen die bisherige Rohstoff- und Devisenpolitik mit so grossen Erfolgen durchgeführt worden ist, unabänderlich und richtig sind.
Der Zeitpunkt, zu dem gegebenenfalls eine Inflation zu befürchten ist, ist unklar; eigentlich ist sie schon da, wenn auch in erträglichem Umfange.
Eine Steiegerung des Exports ist bei dem jetzigen System nicht zu erwarten. Zu prüfen aber ist, ob es vielleicht ein besseres System gibt.
Die Grundlagen der jetzigen Wirtschaftspolitik sind deflationistisch. Es scheint aber unmöglich, eine Deflation einzubauen in eine im Effekt bestehende Inflation.

A 086552

H2384 - 0040

Beraten werden muss, ob die Zwangsbewirtschaftung des Exports weiter zu führen ist.
Ferner bleibt zu prüfen, ob das Geld für die Aufrüstung aus der sonstigen Wirtschaft herausgezogen werden muss. Auf keinen Fall darf der Zustand eintreten, dass Reichsfinanzminister und Reichsbankpräsident sich gegenseitig die Verantwortung für die Bereitstellung der Mittel zuschieben.
Die Differenz zwischen 2 Milliarden Reichsmark, die die Reichsbank langfristig unterbringen zu können glaubt, und 8 - 9 Milliarden Reichsmark Rüstungsbedarf kann nicht durch Steuern gedeckt werden. Demnach Vorschlag:

1. Rohstoff-Frage, die verhältnismässig einfach zu lösen ist, sofort durch besonderen Kreis in Angriff nehmen lassen,
2. Exportfrage sozusagen wissenschaftlich kritisch beleuchten.

Minister v. Krosigk: Devisenersparnis im einzelnen ist notwendig. Hierbei spielen auch Kleinigkeiten eine Rolle. Gleiche Ersparnis notwendig bei der Verausgabung innerdeutschen Geldes. Ist im Gegensatz zu Minister Popitz der Auffassung, dass Rüstungsausgaben immer mehr von ordentlichen Haushalt zu übernehmen sind. Über diesen Haushalt hinausgehende Anforderungen sind zu decken

a) durch langfristige Konsolidierung, jährlich etwa 2 Milliarden Mark,
b) durch kurzfristige Wechsel u.ä.

Mit diesen beiden Mitteln ist bisher die Finanzierung gelungen.
Es besteht allerdings die Gefahr, dass kurzfristige Wechsel nicht mehr untergebracht werden können, so dass dann eine Überflutung der Reichsbank mit Mefowechseln erhöhten Notendruck zur Folge haben würde.

Minister Popitz: In diesem Falle ist Notendruck nur dann nötig,

A 086553

H2384 - 0041

wenn das Geld für Lohnzahlungen u.ä. unumgänglich benötigt wird.

Minister v. Krosigk: Entscheidende Frage hierfür ist, ob wirklich durch einen Notendruck in diesem Umfange Inflation eintreten würde. Er glaubt das nicht.
Die bisher zu beobachtende Preissteigerung ist nicht von der monetären Seite gekommen, sondern zurückzuführen auf Preiserhöhungen für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte. Man kann demnach von einer Inflation nicht sprechen.

Min.Präs.Göring: Glaubt nicht, dass von der monetären Seite her eine Inflation eintreten wird.
Massnahmen, die in einem parlamentarisch regierten Staat wahrscheinlich eine Inflation herbeiführen würden, brauchen in einem autoritären Staat durchaus nicht die gleiche Wirkung haben.
Wesentlich ist hierfür die Einsetzung einer zweckmässigen Propaganda, so dass die vom Führer zugesagte Mitwirkung des Propagandaministeriums von grosser Bedeutung ist.

Minister Schacht: Gibt eine Übersicht über den zur Zeit vorhandenen Wechselbestand der Reichsbank:
4 353 000 000,--RM Wechsel, davon 3 731 000 000.-- Mefowechsel.
Auf Verrechnungskonten sind 2 200 000,-- Mefowechsel untergebracht.
Über 5 Milliarden Wechsel liegen so, dass sie bei einer durch irgendwelche Massnahmen erfolgenden Beunruhigung des Geldmarktes jederzeit präsentiert werden können.
Infolgedessen muss jede Beunruhigung unter allen Umständen vermieden werden.

Min.Präs.Göring: Erklärt sich bereit, für die Massnahmen auf der finanziellen Seite den "Schild" abzugeben, so dass Beunruhigungen nicht eintreten werden.

Der ordentliche Haushalt sollte die laufende Unterhaltung der Wehrmacht übernehmen, nicht aber

A-086551

die Kosten für den Aufbau.

Minister Popitz: Zu prüfen ist, ob nicht der ordentliche Haushalt entlastet werden kann von den Zinsen und Tilgungsquoten der Vorwegentnahmen. Auch die Rücksicht auf das internationale Bankgesetz dürfte nicht daran hindern, in dieser Richtung die als notwendig erkannten Massnahmen zu ergreifen.
Wenn durch vermehrten Export die Wirtschaft angekurbelt wird, steigt naturgemäss der Geldumlauf und damit die Möglichkeit zur weiteren Finanzierung.
Wenn man das nötigenfalls in Umlauf zu setzende Geld nur für Lohnzahlungen verwendet, kann keine Inflation eintreten.

Min.Präs.Göring: Ordnet an:

1. Schnellstmögliche Festlegung der Zahlengrundlagen,
2. Beginn der Durchführungsarbeiten auf dem Gebiet der innerdeutschen Rohstofferzeugung,
3. Prüfung der Frage des Exportsystems.

In der nächsten für Freitag Nachmittag vorzusehenden Sitzung soll die Prüfung des Exportsystems erfolgen.
Zunächst sollen sich unter seinem Vorsitz die Minister Dr.Schacht,Graf Schwerin v.Krosigk, und Prof.Dr.Popitz aussprechen. Dann sollen unmittelbar anschliessend die dabei vorgetragenen Auffassungen in einem Gremium von Sachverständigen durchgesprochen werden.
Für dieses Gremium werden namhaft gemacht:
Durch Minister Schacht:
Reichsbankdirektor Brinkmann
Reichsbankdirektor Blessing
Ministerialdirektor Dr. Sarnow,

A 086555

H2384 – 0042

durch Minister v. Blomberg:
Dr. Trendelenburg,
durch Minister Popitz:
Dr. Springorum
Dr. Sogemeier

Ferner
Reg.Bürgermeister Kroogmann
Prof. Wagemann

und weitere, die der Herr Ministerpräsident noch bestimmen wird.

Min.Präs.Göring: Stellt fest, dass er von der Partei Disziplin erwarten und verlangen kann, so dass dadurch Schutz des einzelnen herangezogenen Gutachters gewährleistet ist.

Schluss der Sitzung: 19^{10} Uhr.

A 086556

H2384 – 0043

VSA 123 11 Geheime Kdo! 1301-PS 41

Besprechung bei Generalfeldmarschall G ö r i n g am 14.10. 38
10^{00} im Reichsluftfahrtministerium

- - - - - -

J007602

Generalfeldmarschall G ö r i n g eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, dass er Weisungen geben wolle für die Arbeit der nächsten Monate. Jeder wisse ja aus der Presse wie die Lage in der Welt sei und der Führer habe ihn infolgedessen angewiesen, ein gigantisches Programm durchzuführen, gegen das die bisherigen Leistungen bedeutungslos seien. Dem gegenüber beständen Schwierigkeiten, die er mit der grössten Energie und Rücksichtslosigkeit überwinden werde.

Der Devisenbestand sei durch die Vorbereitung für das tschechische Unternehmen völlig abgesunken und bedürfe einer sofortigen starken Erhöhung. Auch habe man die Auslandskonten schon stark überzogen, sodass grösste Exporttätigkeit - mehr wie bisher - im Vordergrund stände. An 1.Stelle stände für die nächsten Wochen Erhöhung des Exports zur Besserung der Devisenlage. R Wi M SOLL EINEN Vorschlag machen, wie die Exporttätigkeit zu heben ist, wobei über die derzeitigen exporthemmenden Schwierigkeiten hinweggeschritten werden müsse.

Diese Exportgewinne sind einzusetzen für die Verschärfung der Rüstung. Die Rüstung dürfe durch die Exporttätigkeit nicht gekürzt werden. Er habe vom Führer den Auftrag, die Rüstung abnorm zu steigern, (wobei in 1.Linie die Luftwaffe stände). Die Luftwaffe sei schnellstens zu verfünffachen; auch die Marine müsse schneller rüsten und das Heer müsse schneller grosse Mengen von Angriffswaffen schaffen, in Sonderheit schwere Artillerie und schwere Tanks. Daneben her gehen muss die fabrikatorische Rüstung, wobei in Sonderheit Treibstoffe, Gummi, Pulver- und Sprengstoffe in den Vordergrund zu rücken sind. Daneben muß gehen der beschleunigte Strassenausbau, Kanalausbau und in Sonderheit der Eisenbahnausbau.

BDC – Gotha – Göring (Harv.)

A 08655796

H2384 – 0044

H2384 – 0045

JOG7603

Dazu käme der VJP, der nach 2 Gesichtspunkten neu zu ordnen ist.

Im VJP sind in 1.Linie alle Bauten vorwärts zu treiben, die der Rüstung dienen und in 2.Linie alle die Anlagen zu bilden, die wirklich devisensparend sind.

Die Ersatzstoffe, die der VJP geschaffen hat, müssen nun beschleunigt in den Verkehr gebracht werden. R Wi M und die anderen Behörden sollen bis Anfang November Vorschläge machen für vermehrte Einführung der Ersatzstoffe. Die Einfuhr in den Stoffen, für die wir Ersatzstoffe haben, müsse rücksichtslos beschränkt werden.

Generalfeldmarschall Göring kam dann zur Hauptfrage des Tages: wie können diese Forderungen erfüllt werden! -

Er stände vor ungeahnten Schwierigkeiten. Die Kassen seien leer, die fabrikatorischen Kapazitäten für Jahre hinaus mit Aufträgen vollgepropft. Trotz dieser Schwierigkeiten werde er die Lage unter allen Umständen ändern. Denkschriften nützten ihm nichts, er wünsche nur positive Vorschläge. Er werde die Wirtschaft, wenn es notwendig ist, mit brutalen Mitteln umdrehen, um dieses Ziel zu erreichen. Es sei jetzt der Moment da, wo die Privatwirtschaft zeigen könne, ob sie noch eine Daseinsberechtigung hätte. Wenn sie versagt, ginge er rücksichtslos zur Staatswirtschaft über. Er werde von seiner - ihm vom Führer erteilten - Generalvollmacht barbarisch Gebrauch machen.

Alle Wünsche und Pläne von Staat, Partei oder anderen Stellen, die nicht ganz in dieser Linie liegen, sind rücksichtslos zurückzustellen. Auch weltanschauliche Fragen können jetzt nicht gelöst werden, dazu sei später Zeit. Er warne dringend, Arbeitern Versprechungen zu machen, die von ihm nicht gehalten werden können. Wünsche der Arbeitsfront treten voll in den Hintergrund.

-3-

A 086558

H2384 – 0046

43

J 06764

Die Wirtschaft müsse voll umgestellt werden. Es sei sofort eine Untersuchung aller Produktionsstellen einzuleiten, ob sie auf die Rüstung und den Export umgestellt werden könnten, oder still zu legen seien. Dabei stände die Frage der Maschinen-Jndustrie an 1.Stelle. Für Druckerei-, Wäscherei-Maschinen und ähnlichen Sorten sei kein Platz mehr, sie müssten alle Werkzeugmaschinen machen. Jn den Werkzeugmaschinen sei die Dringlichkeit der Aufträge zu prüfen, wo irgend möglich seien Kapazitätserweiterungen vorzunehmen. 3-Schichten-Arbeit sei selbstverständlich.

Es bleibt nun zu überlegen, wer diese Aufgabe durchführen soll; der Staat oder die Selbstverwaltungs-Wirtschaft.- Er habe von Generaldirektor Z a n g e n einen Vorschlag verlangt, wie diese Pläne verwirklicht werden sollen. Er warne alle Stellen, in Sonderheit die Arbeitsfront, Preiskommissar usw., die Durchführung dieser Vorschläge irgend wie zu hemmen. Er werde gegen jede Störung, die durch die Arbeitsfront erfolge, rücksichtslos vorgehen. Die Arbeitsfront bekäme keine Rohstoffe und keine Arbeiter mehr für ihre Aufgaben. Ebenso müssen alle anderen parteimässigen Forderungen rücksichtslos zurücktreten. Ausländische Arbeiter können weiter beschäftigt werden, nur nicht in den besonders geheimen Teilen der Betriebe. Die Werke dürfen in der jetzigen Zeit nicht mit unnötigen Belastungen beschwert werden; wie Sportplätze, Kasinos oder ähnliche Wünsche der Arbeitsfront. Massnahmen, die die Arbeitsfront treffen will, seien ihm zur Genehmigung vorzulegen.

Rohstoffe und Energie sind genau zu lenken. Ebenso ist die Menschenverteilung in ganz anderer Form wie bisher zu organisieren. Die Umschulung hat nicht funktioniert; alle Stellen haben versagt. Die Eingliederung der Jugend in die Wirtschaft werde ganz grosszügig von ihm organisiert werden. Es seien grosse staatliche Lehrlingswerkstätten zu schaffen; ausserdem werden die Werke verpflichtet werden, bestimmte Mengen Lehrlinge einzustellen. Es müsste eine Umschulung von Hunderttausenden stattfinden. Frauenarbeit sei vielmehr wie bisher durchzuführen.

-4-

A 086559

394

H2384 - 0047

067605

Vor allem sei die weibliche Jugend viel mehr einzustellen. Achtstündige Arbeitszeit gibt es nicht mehr; wo notwendig, seien Überstunden zu machen, 2-3fache Schichten seien selbstverständlich. Wo Weigerungen der Arbeiterschaft erfolgen, wie z.B. in Österreich, will Generalfeldmarschall Göring mit Zwangsarbeit vorgehen; er werde Zwangsarbeits-Lager schaffen. Die Arbeitsfront solle nicht falsche Sozialbegriffe unter die Arbeiter bringen. Tatsache sei, dass unsere Generation die Karre in den Dreck gefahren habe, indem die Arbeiter gemeutert haben, und indem wir die Schuld auf uns geladen haben, dass wir diese Arbeiter nicht sofort zusammengeschossen haben. Wir müssten also auch die Sache wieder in Ordnung bringen.

Auf dem Verkehr-Gebiet müsse sofort viel geschehen. Verk.-Ministerium muss einen Antrag vorlegen über Bau von rollendem Material und sonstigen Forderungen. Der Stichkanal beim Hermann Göring-Werk sei besonders wichtig. Es ginge nicht weiter, dass die Wehrmacht den Wagenpark blockiert. Wenn es weiter erfolge, werde er Entscheidung treffen, denn es sei nicht möglich, dass deswegen das Volk verhungert.

Jn der Landwirtschaft käme es darauf an ausländische Arbeiter einzustellen. Ebenso müsse die Landmaschinen-Frage gefordert werden. Besonders wichtig ist der Bau von Vorratshäusern.

Das Sudetenland müsse mit allen Mitteln ausgenutzt werden. Generalfeldmarschall Göring rechnet mit einer völligen wirtschaftlichen Angleichung der Slovaken. Tschechen und Slovaken würden deutsche Dominions werden. Es müsse herausgeholt werden, was irgend möglich ist. Der Oder-Donau-Kanal sei beschleunigt vorzusehen. Jn der Slovakei müssten in Sonderheit von Staatssekretär Keppler Untersuchungen von Erdöl und Erze vorgenommen werden.

-5-

A 086560

Jm 047606

Jm 2.Teil seiner Ausführungen kam Generalfeldmarschall Göring auf das Judenproblem zu sprechen. Die Jedenfrage müsste jetzt mit allen Mitteln angefasst werden, denn sie müssten aus der Wirtschaft raus. Unter allen Umständen zu unterbinden ist aber die wilde Kommissar-Wirtschaft, wie sie sich in Österreich ausgebildet hat. Diese wilden Aktionen müssten aufhören und die Erledigung der Judenfrage darf nicht als ein Versorgungssystem untüchtiger Parteigenossen angesehen werden. Hierauf wurde Ministerialrat F i s c h b ö c k das Wort erteilt. Er teilte mit, dass es in Österreich zunächst 25.000 Kommissare gegeben hätte. Heute gibt es immer noch 3.500, die fast alle unbrauchbar wären. Jn Österreich vertritt die Partei den Standpunkt, dass die Arisierung Sache der Partei sei und sie zu verbunden sei mit der Wiedergutmachung an alten Parteigenossen.

Jn Österreich seien noch 2 Milliarden Gesamtwerte jüdischen Vermögens. Die grossen Betriebe würden durch die Kontrollbank aufgekauft; Schwierigkeiten mache es, die Juden aus den kleinen gewerblichen Betrieben hinauszubringen.

Generalfeldmarschall Göring nahm scharf gegen die Auffassung Stellung, dass die Arisierung Sache der Partei sei. Sie sei allein Sache des Staates. Er könne aber Devisen für den Abschub der Juden nicht möglich machen. Jm Notfalle müsse man Ghettos in den einzelnen Grosstädten einrichten.

Staatsrat S c h m e e r warte davor, in der Judenbekämpfung rücksichtsvoller vorzugehen; man sollte jüdische Arbeits-Kolonnen aufstellen, dann würden die Leute schon von allein auswandern. Staatsrat N e u m a n n warte und war der Ansicht, dass mann - besonders in Österreich - vorsichtiger an die Sache heran ehen müsse.

Sodann wurde die Sitzung ganz überraschend von Generalfeldmarschall Göring geschlossen, ohne dass die Wortmeldung erfüllt oder Entscheidungen getroffen wurden.

A 086561

392

H2384 – 0048

H2384 – 0049

zdA Thomas

11

9.III.1936.

Aufzeichnung

über die Versorgungslage auf dem Betriebsstoffgebiet und ihre Auswirkungen für die Wehrmacht.

Die gleichzeitige Drosselung und Absperrung ausländischer Zufuhrquellen für flüssige Treibstoffe hat seit Beginn des Jahres 1936 eine zunehmende Verschärfung der Versorgungslage des deutschen Marktes verursacht.

Die Lage gibt Veranlassung zu einer Darstellung der ernsten Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft der Wehrmacht und der außerordentlichen Maßnahmen, die auf diesem Gebiet zur Entscheidung drängen.

Die Versorgung der Wehrmacht beruht auf der inländischen Erzeugung, den Vorräten, die für einen Mobilmachungsfall zur Verfügung stehen können, und den ausländischen Zufuhren, die auf absehbare Zeit noch vorhandene Versorgungslücken schließen müssen.

I. Die deutsche Erzeugung.

Die vorausschauenden Maßnahmen, die die Reichsregierung zur Steigerung der heimischen Erzeugung an Betriebsstoffen in den letzten 2 Jahren durchgeführt hat, werden infolge des Zeitbedarfs für den fabrikatorischen Aufbau und wegen des ununterbrochen steigenden Bedarfs im laufenden Jahr eine wesentliche Verbesserung der Versorgungslage noch nicht herbeiführen, sondern erst bis zum Jahre 1938 eine fühlbare Entlastung bringen können. Die in Anlage 1 beigefügte Aufstellung des Mobilmachungsbedarfs und der Deckung durch Erzeugung und die in den weiteren Anlagen

beigefügten

F 086562

H2384 – 0050

47

10

beigefügten Schaubilder geben eine Darstellung des zu erwartenden Einflusses der deutschen Produktion auf die Gesamtversorgung.

Die Verbreiterung der deutschen Erzeugung begünstigt in der Hauptsache die leichten Kraftstoffe, vor allem die Flugkraftstoffe, und weiterhin die Flugmotorenöle. Bei den anderen Sorten ist für den Wehrmachtbedarf im Kriegsfall zunächst keine Verbesserung, bei den Heizölen sogar eine Verschlechterung vorauszusehen. Die Entwicklung neuer Verfahren (Uhde und Pott), deren Ausmaß in kurzer Zeit beurteilt werden kann, bietet gewisse Aushilfemöglichkeiten, die auf den Schaubildern noch nicht in Erscheinung treten, weil der Umfang der bis 1938 möglichen Erzeugung noch nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden kann.

Die Unzulänglichkeit der Versorgung auf heimischer Basis ist eine Tatsache, die selbst bei größten Anstrengungen und trotz der in Angriff genommenen Planung einer zusätzlichen Erzeugungsausweitung in den nächsten 2-3 Jahren nicht beseitigt werden kann.

II. Vorräte.

Die Sicherung des Wehrmachtbedarfs erfordert, daß Versorgungslücken durch Vorräte überbrückt werden. Für die erste Zeit der Mobilmachung stützt sich die Wehrmacht auf die Vorräte der Wirtschaft, insbesondere der großen Importgesellschaften, die Lagerbestände für etwa 3 Monate schon im Frieden als Grundlage einer reibungslosen Verteilung für erforderlich halten. Mit der gleichbleibenden Höhe dieser Vorräte muß die Wehrmacht

A 086563

9 48

macht rechnen können.

Darüber hinaus führt die Wehrmacht eine eigene Bevorratung in Grosslagern durch, damit beträchtliche nationale Reserven als Puffer bei irgendwelchen Versorgungsschwierigkeiten zur Verfügung stehen.

III. Die Abhängigkeit der Gesamtversorgung von der Einfuhr.

Die in starkem Masse in den letzten Wochen aufgetretenen Einfuhrschwierigkeiten, die durch eine Häufung wirtschaftspolitischer Ereignisse im Aussenhandel hervorgerufen sind gefährden nicht nur die Vorrathaltung der Wirtschaft, sondern auch die Fortsetzung der Bevorratungspolitik der Wehrmacht. Sie erschüttern damit die unerlässliche Voraussetzung für die Durchführung des Motorisierungsprogramms der Wirtschaft und daher auch für die Mobilisierung der Wehrmacht in dem für den Kriegsfall vorgesehenen Umfang an motorisierten Fahrzeugen.

Insbesondere sind starke Ausfälle entstanden :

1.) durch das russische Ausfuhrverbot für Mineralöle, durch die der etwa 20 % des deutschen Marktes versorgende Benzolverband bereits in beträchtlichen Schwierigkeiten geraten ist,

2.) durch die plötzlich wesentlich höheren Forderungen der Rumänen, die Treibstoffe nur gegen Bardevisen oder aber in Mark bei starker Preissteigerung zu liefern bereit sind. Der Anteil der rumänischen Zufuhren an der Deckung des deutschen Bedarfs betrug im letzten Jahre über 40 %. Die Firma Olex, deren Anteil am deutschen Markt 11 % beträgt, hat wegen der Stockungen der rumänischen Lieferungen schon jetzt ihr Geschäft erheblich ver-

A 086564

mindern

H2384 – 0051

mindern müssen und wird vor der Einstellung der Marktversorgung stehen, wenn bis zum Juni 1936 keine Abhilfe geschaffen ist.

Die Einengung der Zufuhren lässt für die anderen grossen Verteilungsorganisationen im gleichen Zeitraum ähnliche Stockungen erwarten.

IV. Wege zur Sicherung der Versorgung.

Bei der Erwägung, der Lage zu begegnen, sind folgende Massnahmen für die Wehrmacht nicht tragbar :

1.) eine Einschränkung des Kraftverkehrs, weil diese neben den wirtschaftlich und psychologisch bedenklichen Auswirkungen eine Drosselung der deutschen Motorisierung herbeiführen müsste, die angesichts des Bedarfs der Wehrmacht im Kriegsfalle eine Erschütterung der Bewegungsfähigkeit und des Nachschubes bedeutet.

2.) Ebenso unerwünscht muss der Abbau der Vorräte sein. Die Vorräte der Wirtschaft stellen die Grundlage der Mobilmachung dar, für die mit festen, etwa gleichbleibenden Zahlen gerechnet werden muss. Da eine Verminderung der Vorräte bereits im Gange ist, ist einer weiteren Entwicklung in dieser Richtung durch sofortige Massnahmen zu begegnen. Eine Aushilfe aus den Vorräten der Wehrmacht kann deshalb nicht gegeben werden, weil diese noch bescheidenen Mengen als letzter Rückhalt keinesfalls vermindert werden können.

Es ergibt sich daraus der Schluss, dass nur folgende Wege zur Zeit in Frage kommen :

1.) Anerkennung der rumänischen Forderungen auf Bezahlung der Einfuhren in RM auf stark erhöhter Preisbasis.

2.) Zusätzliche Zahlungen in Bardevisen für Einfuhren aus

A 086565

angel-

H2384 – 0052

angelsächsischen Ländern.

3.) Prüfung, wieweit eine Besserung durch Beschleunigung oder Erweiterung des deutschen Produktionsausbaus zu erzielen ist.

Der erste Weg ist durch die Ermächtigung beschritten worden, dass über neue Abschlüsse auf Grundlage der rumänischen Forderungen verhandelt wird. Die ausreichende und rechtzeitige Belieferung des Marktes ist damit jedoch noch nicht gewährleistet.

Zu 2.): Devisen für die unterste Grenze des unbedingt notwendigen Einfuhrbedarfs dürften nur durch Einschränkung der Einfuhr anderer Bedarfsgüter freigemacht werden können. Die Enge der augenblicklichen Rohstoffsicherung für die Aufrüstung lässt dabei eine Verringerung solcher Einfuhren nicht zu, die für die Wehrmacht unentbehrlich sind. Jnsbesondere kann nicht auf die notwendigen Metallmengen verzichtet werden, deren die Wehrmacht für die laufenden Beschaffungen bedarf.

Zu 3.) : Nach den bisherigen Untersuchungen ist ein wesentlicher Einfluss in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

V. Einheitliche Leitung der Mineralölwirtschaft.

Vonseiten der Wehrmacht ist mehrfach in den letzten Monaten auf die unabweisbare Forderung nach einer einheitlichen und planmässigen Steuerung der gesamten deutschen Mineralölwirtschaft hingewiesen worden. Die Gefahrenlage, in der sich die deutsche Treibstoffwirtschaft heute befindet, drängt erneut diese Notwendigkeit in den Vordergrund. Der Mangel einer straffen Führung muss im gegenwärtigen Augenblick zu schwersten Schädigungen der Allgemeinheit und der Landesverteidigung führen. Die Aufgabe der planmässigen Leitung der Mineralölwirtschaft muss in

A 086566

erster

H2384 – 0053

H2384 - 0054

6 51

erster Linie sein, die ständige Bedrohung der Kraftverkehrswirtschaft und der Verwendungsbereitschaft der Wehrmacht durch die starke Abhängigkeit von Kräften ausserhalb des deutschen Machtbereichs abzuwenden.

dh

A 086567

H2384 – 0055

52

5

Anlage 1 zu "Aufzeichnung über die Versorgungslage auf dem Betriebsstoffgebiet und ihre Auswirkungen für die Wehrmacht" v. 9.3.36.

	Mob.- Bedarf		Deckung des Bedarfs durch Erzeugung	
	1936 t/Jahr	1938 t/Jahr	1936 %	1938 %
Leichte Fahrzeugmotorentreibstoffe	900 000	1 530 000	43	60,5
Leichte Flugmotorentreibstoffe	460 000	600 000	39	61,5
, Treiböl	650 000	1 280 000	11,6	22
Heizöl	800 000	1 200 000	30,6	22
Fahrzeugmotorenöl	80 000	150 000	22,5	23
Flugmotorenöl	35 000	55 000	-	22

A 086568

H2384 – 0056

Thomas 53

IIa

den 28.4.1936

45

Rohstoffbedarf

unter Berücksichtigung des Munitionsbeschaffungs-programms im Werte von 200 Mill. RM.

(für die Monate April 1936 bis März 1937 = 12 Monate)

Beim R.Wi.Min. angemeldeter Bedarf (Schrb. v. 13.1.36)

Kupfer	5 400 t / Monat	(ohne Taf. VIII)
Blei	2 300 t / "	" "
Zink	3 100 t / "	" "

Bedarf unter Berüdsichtigung des 200 Mill. Programms.

Kupfer	5 850 t / Monat	(ohne Taf. VIII)
Blei	3 350 t / Monat	" "
Zink	4 020 t / Monat	

Der zusätzliche Bedarf beträgt also

Kupfer	450 t / Monat
Blei	1 050 t / Monat
Zink	920 t / Monat

A 086569

H2384 – 0057

54

IIa

den 28.4.1936

44

Rohstoffbedarf der Wehrmachtteile

unter Berücksichtigung des 200 Mill. Programms.

(für die Monate April 1936 bis März 1937)

	Wa A	Marine	Luft	V A	Summe
Kupfer	4 830	670	175	175	5 850
Blei	2 750	280	300	20	3 350
Zink	2 420	160	260	1 180	4 020

A086570

H2384 – 0058

Geheim

43

Rohstoffbedarf der Wehrmacht in den Jahren 1935 und 1936

Rohstoff		Bedarf 1936 t/Monat	1935 t/Monat
Eisen und Stahl			
Eisenerz	Fe	130 000	80 000
Manganerz	Mn	7 000	4 000
Chrom	> 0,5 C	220	88
	< 0,5 C	160	86
Wolfram		80	15
Molybdän		40	8
Vanadium		3	1
Tantal		2	0,5
Silizium		400	250
Nichteisenmetalle			
Kupfer		7 500 1)	4 670
Blei		6 500 2)	3 520
Nickel		275	174
Zinn		150	89
Zink		3 100 3)	1 830
Aluminium		2 720	1 900
Antimon		55	25
Cadmium		10	0,62
Quecksilber		20	12
Kobalt		10	3

Anm. 1)

A 086571

H2384 – 0059

Anm. 1) davon für Kabel 2 100 t/Monat; ab 1.4.36 möglicherweise nur 6 600 t/Monat einschl. 2 100 t für Kabel.

2) davon für Kabel 4 200 t/Monat; ab 1.4.36 7 800 t / Monat und zwar 5 500 t/Monat für Kabel

3) davon Zinkblech innerhalb der Quote des Zinkwalzwerksverbandes 340 t/Monat; ab 1.4.36 möglicherweise nur 2 700 t/Monat, einschl. Zinkbleche.

Rohstoff	Bedarf 1936	t /Monat 1935
Lederwirtschaft		
Häute und Felle	1 300	1 400
Gerbstoffe, natürliche	800	860
Holz		
Ausländische Spezialhölzer	170	150
Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse		
Leinsaat	1 500	1 900
Kohle und Salz		
Petrolkoks +) (u. Pechkoks)	1 700	1 300
Waren verschiedener Art		
Diamanten	im Werte von RM 15 000.-/Mon.	11 000.-RM
Stuhlrohr	200	160
Glimmer	18	15
Magnesit	1 200	1 000

+) davon 1 500 t/Monat zur Herstellung des von der Wehrmacht benötigten Aluminiums

A 086572

H2384 – 0060

57

91

Rohstoff	Bedarf t / Monat 1936	1935
Kautschuk und Asbest		
Kautschuk	280	150
Asbest (Spinnasbest)	100	70
Industrielle Fettversorgung		
Glyzerin	165	120
Mineralöle		
Flugmotorenbenzin	7 000	4 000
leichte Fahrzeugmotorenkraftstoffe	3 000	1 500
Flugmotorenschmieröl	700	200
Fahrzeugmotorenschmieröl	500	150
Gasöl, Treiböl-Diesel-	7 500	1 200
Heizöl	15 000	6 000

A 086573

H2384 – 0061

58

39

Versorgungslage mit Betriebsstoffen.

	1.Fahrzeugkraft-stoffe		1.Flugtreibstoffe		Gasöl		Heizöl		Fahrzeugmotorenöl		Flugmotorenöl.	
	Frieden 36	Mob.-Fall 38	Frieden 36	Mob.-Fall 38	Frieden 36	Mob.-Fall 38	Frieden 36	Mob.-Fall 38	Frieden 36	Mob.-Fall 38	Frieden 36	Mob.-Fall 38
Gesamt-Bedarf Wehrmacht und Wirtschaft t/Jahr	2 000 000	1 650 000	80 000	600 000	800 000	1 300 000	500 000	1 200 000	75 000	150 000	5 000	55 000
Erzeugung im gesamten Reichsgebiet t/Jahr	900 000		80 000		280 000		270 000		20 000		-	
Fehlbedarf t/Jahr	1 100 000	750 000	-	520 000	520 000	1 020 000	230 000	930 000	55 000	130 000	5 000	55 000
Neue Planungen t/Jahr	700 000		300 000		200 000		2		20 000		15 000	

A086575

A086576
Continuation of
086575

H2384 – 0062

J007719

Finanzierung der Rüstung.

Die nachfolgenden Ausführungen gehen davon aus, dass die Durchführung des Rüstungsprogramms nach Tempo und Ausmass d i e Aufgabe der deutschen Politik ist, dass demnach alles andere diesem Zweck untergeordnet werden muss, soweit nicht durch Vernachlässigung anderer Fragen das eine Hauptziel etwa gefährdet wird. Auch nach dem 16. März 1935 besteht die Schwierigkeit weiter, dass man eine propagandistische Bearbeitung des deutschen Volkes zur Unterstützung der Rüstung nicht vornehmen kann, ohne unsere Lage international zu gefährden. Die in sich schon nahezu unmögliche Finanzierung des Wehrprogramms wird hierdurch noch ganz besonders erschwert.

Eine weitere Voraussetzung muss ferner vorangestellt werden. Die Notenpresse kann zur Finanzierung der Rüstung nur in dem Umfange herangezogen werden, als die Aufrechterhaltung des Geldwertes es erlaubt. Jede Inflation steigert die Preise der ausländischen Rohstoffe und steigert die inländischen Preise, ist also eine Schlange, die sich in den Schwanz beisst. Der Umstand, dass unsere Rüstung bis zum 16.März 1935 völlig und seitdem immer noch zum grössten Teil getarnt werden muss, hat dazu geführt, dass die Notenpresse schon am Anfang des ganzen Rüstungsprogramms in Anspruch genommen werden ist, während es an sich das Natürliche gewesen wäre, sie an den Endpunkt der Finanzierung zu setzen. Im Portefeuille der Reichsbank von 3775 Millionen + 866 Millionen abgezweigte Wechsel = insgesamt 4641 Millionen machen die Rüstungswechsel RM 2374 Millionen aus. (Stand vom 30.April 1935.) Die Reichsbank hat die ihrer Verwaltung zugänglichen, den Ausländern gehörenden deutschen Markbeträge grösstenteils in Rüstungswechseln angelegt. Unsere Rüstungen werden also zu einen Teil mit den Guthaben unserer politischen Gegner finanziert. Es sind ferner für die Rüstungsfinanzierung verwandt die rund 500 Millionen RM, die im Januar 1935 aus der bei den Sparkassen untergebrachten Reichsanleihe entstanden. Im regulären Haushalt sind bisher für die Wehrmacht vorgesehen gewesen im Etatsjahr 1933/34 RM 750 Millionen, im Etatsjahr 1934/35 RM 1100 Millionen und das das Etatsjahr 1935/36 RM 2500 Millionen.

Die Summe der Fehlbeträge des Etats seit 1928 steigt nach dem

BDC – Gotha – Göring (Harv. 38)

A 086577

Anl. zu Nr. 788/36 g. Kdos. W. A.

H2384 – 0063

J007720

dem Voranschlag 1935/36 auf 5 bis 6 Milliarden RM. Dieser Gesamtfehlbetrag wird zurzeit bereits durch kurzfristige Kreditinanspruchnahme des Geldmarktes finanziert. Er vorbelastet also in dieser Höhe die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des öffentlichen Marktes für die Rüstung. Mit Recht sagt der Reichsfinanzminister in seiner Etatsbegründung : "Da ein jährlicher Fehlbetrag .... auf die Dauer eine Unmöglichkeit ist, da mit erhöhten Steuereinnahmen in einem, den Fehlbettag und die sonstigen Vorausbelastungen ausgleichenden Umfang nicht mit Sicherheit gerechnet werden kann, da andererseits nur ein gedeckter Haushalt die sichere Grundlage für die wehrpolitisch uns obliegende grosse Aufgabe bietet, muss grundsätzlich und bewusst eine Etatspolitik getrieben werden, die durch organische und planmässige Minderung anderer Ausgaben das Problem der Rüstungsfinanzierung nicht nur von der Einnahme-, sondern auch von der Ausgabenseite, d.h. durch Sparen löst."

Wie dringlich diese Forderung ist, ergibt sich des weiteren daraus, dass eine unendliche Menge von Aufgaben durch Staat und Partei in Angriff genommen und in der Durchführung begriffen sind, die sämtlich nicht aus dem Etat gedeckt werden sondern aus Beiträgen und Krediten, die neben den ordentlichen Steuern von der Wirtschaft aufgebracht werden müssen. Dieses Nebeneinanderbestehen der verschiedensten Etats, die jedoch alle mehr oder minder öffentliche Zwecke zum Gegenstand haben, bietet das grösste Hemmnis für die Gewinnung einer klaren Übersicht über die Finanzierungsmöglichkeiten der Rüstung. Eine ganze Reihe von Ministerien und zahlreiche Stellen der Partei haben eigene Etats neben ihrem Anteil am Reichsetat und dementsprechend Einnahme- und Ausgabemöglichkeiten, die zwar auf die Finanzhoheit des Staates gegründet sind, der Kontrolle des Finanzministers aber und damit auch der Kontrolle des Kabinetts nicht unterliegen. Genau so wie auf dem Gebiete der Politik die allzu weitreichende Delegation gesetzgeberischer Vollmachten auf Einzelpersonen in Deutschland den Zustand von lauter Staaten im Staate herbeigeführt hat, genau so wirkt sich dieser Zustand des Nebeneinanders und Gegeneinanders zahlloser Staats-und Parteistellen für die Finanzierungsmöglichkeit der Rüstung geradezu verheerend aus. Wenn auf diesem Gebiete keine Konzentration und keine einheitliche geleitete Kontrolle endlich eingeführt wird, so muss für die Lösung der an sich schon fast unmöglichen Aufgabe der Rüstungsfinanzierung das Schlimmste befürchtet werden.

Es ergeben sich demnach folgende Aufgaben:

1). Es muss ein Beauftragter zunächst sämtliche Quellen

A 086578

H2384 – 0064

J007721

und Einnahmen feststellen, die aus Reichs,-Staats-und Partei abgaben sowie Gewinnen der öffentlichen oder Parteibetriebe fliessen.

2). Alsdann hat ein vom Führer beauftragtes Gremium zu untersuchen, wie diese Beträge bisher verwandt wurden und was künftig aus diesen Beträgen dem bisherigen Zweck entzogen und der Rüstungsfinanzierung zugeführt werden kann.

3). Das gleiche Gremium hat die Vermögensbestände aller öffentlichen und parteiamtlichen Organisationen daraufhin zu prüfen, wie das Vermögen angelegt ist, in welchem Umfange dieses Vermögen für die Rüstungsfinanzierung herangezogen werden kann.

4). Das Reichsfinanzministerium ist zu beauftragen, die Möglichkeiten eines erhöhten Steueraufkommens durch Erhebung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern zu prüfen.

Die bisherige Finanzierung der Rüstungen durch die Reichsbank war unter den gegebenen politischen Verhältnissen eine Notwendigkeit und der politische Erfolg hat das Richtige dieser Handlung erwiesen. Nunmehr aber müssen unter allen Umständen die anderen Wege der Rüstungsfinanzierung eröffnet werden. Dabei müssen sämtliche nicht dringend benötigte Ausgaben auf anderen Gebieten unterbleiben und die ganze an sich geringe Finanzkraft Deutschlands muss auf das eine Ziel der Rüstungsfinanzierung konzentriert werden. Ob das Finanzproblem mit dieser Marschroute gelingt, steht noch völlig dahin, aber ohne eine solche Konzentration wird es mit Sicherheit scheitern.

A 086529

H2384 – 0065

1301-PS

H-2384

EXHIBIT U.S.A. 123 (1301-PS)

EXHIBIT U.S.A.

123

(1301-PS)

A 086515

H2384 – 0066